

Solidarität mit Geflüchteten Ausbilden statt Abschieben!

Der Fall Serhat Ürküp

Rede zum Ersten Mai auf dem Marktplatz in Marburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sind die denn wirklich auf der richtigen Kundgebung? Das mag sich mancher gefragt haben, der unser Transparent gesehen hat:

Solidarität mit Geflüchteten – Ausbilden statt Abschieben

Ja, sind wir! Und „wir“ sind das Netzwerk „Ehrenamt – Flucht – Integration“, ein Zusammenschluss von Flüchtlingsinitiativen in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Viele von uns sind Gewerkschaftsmitglieder, ich zum Beispiel seit fast 55 Jahren. Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und das Recht auf Asyl haben eine gemeinsame Quelle, nämlich die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Sie wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Wir alle können uns darauf berufen, gleichgültig woher wir kommen, wie wir aussehen und welches Geschlecht wir haben.

Und doch müssen wir diese Rechte immer wieder neu erkämpfen, auch gegen unsere eigene Regierung. Dafür gibt es Beispiele in unserer engsten Umgebung. Ich möchte euch mit Serhat bekannt machen. Er ist ein junger türkischer Kurde, der unter schwierigen Verhältnissen mit harter Arbeit und wenig Lohn aufgewachsen ist. Vor genau zwei Jahren ist er im Alter von 18 Jahren zu uns gekommen.

Er wollte ethnische Diskriminierung, soziales Elend und staatliche Willkür hinter sich lassen und sich hier eine Zukunft aufbauen. Ein Jahr später wurde seine Heimat, die Region Urfa, von einem Erdbeben völlig zerstört. Er ist ohne Visum eingereist. Wie sollte ein junger Mann in seiner Lage auch die komplizierten Bedingungen des deutschen Ausländerrechts durchschauen? In Speyer hat er seinen Asylantrag gestellt. Die Behörden haben seinen türkischen Personalausweis an sich genommen. Über sein weiteres Schicksal wurde dann in Gießen entschieden. Dorthin wurde er von den Behörden geschickt.

Nach einer Anhörung, die gerade einmal 25 Minuten gedauert hat, ist die Entscheidung gefallen: Antrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Widerspruch und Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht blieben erfolglos. Seine Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz wurden gekürzt. Er wurde einer Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Marburg-Biedenkopf zugewiesen. Und er bekam Arbeitsverbot. So geht es allen, denen das Etikett „offensichtlich unbegründet“ aufgeklebt wird. Eines durfte er aber immerhin: zur Schule gehen und dort Deutsch lernen.

Er wurde in das InteA-Programm des Landes Hessen aufgenommen und den Kaufmännischen Schulen Marburg zugewiesen. InteA bedeutet „Integration durch Anschluss und Abschluss“. Vor sofortiger Abschiebung wurde er durch eine Petition an den hessischen Landtag geschützt.

Diese Chance hat er genutzt. Schon nach einem Lernjahr konnte er so gut Deutsch, dass ihm seine Lehrerinnen einen Praktikumsplatz in einem renommierten Marburger Maler- und Lackierbetrieb vermitteln konnten. Seinen Chef hat er überzeugt. Zum 1. August 2023 hätte er eine Lehrstelle antreten können. „Hätte“, denn er durfte nicht. Die Zentrale Ausländerbehörde beim RP Gießen hat es verboten. So lautet die offizielle Begründung: „Sofern die Petition abgelehnt wird, sind durch meine Behörde zeitnah aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu prüfen. Dem stände eine vorherige Arbeitsaufnahme hinderlich entgegen.“

Serhat lernte also weiter an den Kaufmännischen Schulen Deutsch. Er könnte jetzt in der Berufsschule mühelos mithalten. Die Firma braucht ihn immer noch dringend. Sie findet keinen anderen geeigneten Azubi und hat das Ausbildungsangebot zum 1. August 2024 erneuert.

Aber das Arbeitsverbot gilt bis heute weiter.

- Gleichgültig, ob die Firma dadurch geschädigt wird.
- Gleichgültig, ob wir Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben.
- Gleichgültig, ob wir immer länger auf Handwerkerleistungen warten müssen.
- Gleichgültig, ob Serhat dem deutschen Staat nicht mehr auf der Tasche gelegen und im Gegenteil Beiträge zum deutschen Sozialsystem gezahlt hätte.
- Gleichgültig, ob die Kolleginnen und Kollegen an der Schule sehr erfolgreich an seiner Qualifizierung gearbeitet haben.
- Kurzum: Gleichgültig, ob es uns allen schadet, Abschiebung ist den hessischen Behörden wichtiger als Ausbildung.

Die Zentrale Ausländerbehörde deutet eine Lösung an: Serhat soll freiwillig ausreisen und sein Ausbildungsangebot bei der deutschen Botschaft in der Türkei vorzeigen. Dort könnte er vielleicht ein Visum für die offizielle Wiedereinreise nach Deutschland zum Zweck der Ausbildung bekommen. Die örtliche Ausländerbehörde könnte ihm ja zusätzlich eine Vorabzustimmung zur Wiedereinreise mitgeben. Dann ginge es schneller.

Aber wie irrsinnig ist das denn? Selbst unter optimalen Bedingungen ist diese komplizierte Prozedur bis zum 1. August nicht zu schaffen. Ein weiteres Ausbildungsjahr wäre futsch. Und wer sagt denn, dass die türkischen Behörden Serhat wieder ausreisen lassen? Er hat berechtigte Angst davor, dass er seinen Pass abgenommen bekommt und sofort zum Militär eingezogen wird. Serhat kommt aus dem kurdisch besiedelten Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien. Die Gegend ist politisch instabil. Militärdienst für einen jungen Kurden kann bedeuten: Du musst auf deine eigenen Landsleute diesseits und jenseits der Grenze schießen. Weigern geht nicht und kann tödlich enden.

Wir fordern die zuständigen Behörden auf: Nutzt die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten! Erteilt Serhat eine Arbeitserlaubnis für die Berufsausbildung! Hier und jetzt!

Ihr seht, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sind auf der richtigen Demonstration. Wir kämpfen für Serhats Menschenrecht auf Arbeit, Bildung und sicheren Aufenthalt. Gleichzeitig kämpfen wir damit für unsere eigene Zukunft. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Alteingesessene und neu Zugewanderte in Frieden und sozialer Sicherheit gemeinsam leben können. Und vergessen wir nicht: Es gibt viele Serhats in Deutschland, auch in unserer Region. Leider werden wir unser Transparent wohl auch bei der Maidemonstration 2025 noch brauchen. Wir könnten es ja mit einer Parole versuchen, die immer mehr in Vergessenheit geraten ist:

Hoch die internationale Solidarität!

Vielen Dank!

Kurt Bunke
Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge
Netzwerk Ehrenamt – Flucht - Integration